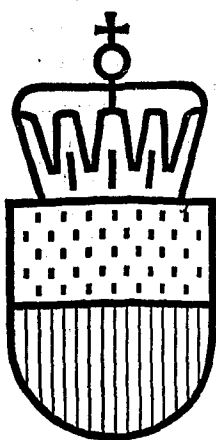


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 6.—, Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—, Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbachstrasse 99, Telefon 075 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zelle: Anzeigen Reklame  
Inland 12 Rp. 30 Rp.  
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz, Dienstag, 18. Mai 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

9. Jahrgang — Nr. 72

## 20 Jahre nach dem Krieg: Europas Traum der Einheit

Ein neuerwachter Nationalismus als Hemmschuh im europäischen Einheitsbestreben

Während der Tage um den 8. und 9. Mai floß ein großer Redestrom vom Ural bis zum Atlantik. Nur in Bonn war davon wenig zu merken. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gedachten der Kapitulation des Dritten Reiches und verbanden damit die Wiederenweckung des alten Traumes eines neuen, in sich geeinten Europas, das nach den Hoffnungen eines Robert Schumann, eines De Gasperi und Adenauers aus dem Schutt der ausgebrannten Städte Europas hätte entstehen sollen, aber nach zwanzig Jahren mühevollen Ringens noch immer den Weg an die Sonne des Friedens und der Sicherheit nicht gefunden hat, obschon gerade die deutsche Bundesrepublik unter Adenauer und seinem Nachfolger Erhard immer zu Anläufen startete, um den Traum endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Aber gerade in diesen Tagen des zwanzigjährigen Gedenkens an die Beendigung der größten Katastrophe Europas liegt die Einigung des alten Kontinents im Argen

weil der neuerwachte Nationalismus dem Rad der europäischen Entwicklung immer wieder dicke Prügel zwischen die Speichen wirft.

### Anti-schweizerische Stimmung in Vorarlberg?

Die Auseinandersetzung um das geplante thermische Kraftwerk trübt das freundschaftliche Verhältnis

Eine seit Wochen und Monaten geführte Kampagne vorarlbergischer Kreise gegen die Behörden des Kantons St. Gallen und die Befürworter eines thermischen Kraftwerkes in Rütli durch die Nordostschweizerischen Kraftwerke hat die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Vorarlberg und St. Gallen merklich abkühlen lassen auf Kosten einer anti-schweizerischen Stimmung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung des westlichen Bundeslandes Oesterreichs festzustellen ist.

Führend im Streit um das thermische Kraftwerk ist die größte und daher weitverbreitetste Zeitung des Landes, die unabhängigen «Vorarlberger Nachrichten». In zahlreichen Artikeln und Berichten wurde die Bevölkerung jenseits des Rheins in Angst und Schrecken versetzt, und in völliger Verkennung der Tatsachen wurde behauptet, mit dem Bau des thermischen Kraftwerkes auf der Sankt Galler Seite des Rheintals werde «Vorarlberg unter die Räder kommen», das heißt dem wirtschaftlichen Ruin entgegengesehen. Die systematische Aufwiegelung der Bevölkerung durch das genannte Blatt führte unter anderem dazu, daß sich der schweizerische Konsul in Bregenz Mitte März dieses Jahres veranlaßt sah, die «Vorarlberger Nachrichten» in einem Schreiben an das Politische Departement in Bern der «Aufwiegelung» gegen die Schweiz zu bezichtigen.

### Der Schweizer — ein geldgieriger Mann

Die tendenziöse, demagogische Publizistik und die ebenso fatale Stimmungsmache in Versammlungen und Tagungen finden ihren Niederschlag in einer anti-schweizerischen Stimmung, die sich in Vorarlberg leider immer stärker bemerkbar macht. Man erblickt im Schweizer, sofern er sich nicht als hundertprozentiger Gegner des thermischen Kraftwerkes bekennet, den geldgierigen Mann, der bereit ist, um des schönen Mammons willen das «schöne Rheintal» in einen Londoner Smog verwandeln zu lassen. Diese anti-schweizerische Stimmung in Vorarlberg wird nun neuerdings auch auf dem Arbeitskräftemarkt hochgespielt, nachdem sie bereits auf dem politischen Parkett angewendet worden war. So erschien vergangene Woche in dem bereits zitierten Blatt ein Stelleninserat, in dem eine Firma in Höchst den Tausenden von Grenzgängern nach der Schweiz weis zu machen versucht, daß «Deine Arbeitskraft im Ausland bald nicht mehr gefragt ist und Du dann evtl. nur noch ein geduldeter Grenzgänger bist...»

### Bedauern im Kanton St. Gallen

Im Kanton St. Gallen wird diese anti-schweizerische Stimmung sehr bedauert, und in Kreisen der Kraftwerk-Befürworter hält man entschieden fest, daß man gegen eine Opposition an sich nichts einwenden habe. Schlimm und unverantwortlich werde die Sache dann, wenn, wie dies in Vorarlberg (und zum Teil auch im Kanton St. Gallen) geschieht, die Gegner des Kraftwerkes zu Mittel und Methoden greifen, die einer Demokratie unwürdig sind.

Die großräumige Lufthygiene-Kommission, die den Bericht des Regierungsrates über das thermische Kraftwerk durchberaten hat, verdient Vertrauen, weil sie in einem höchsten Maße von Verantwortungsbewußtsein an ihre Arbeit herangetreten ist. Die kommenden Verhandlungen im Großen Rat während der außerordentlichen Juni-Session werden dies sicherlich bestätigen. W.Br.

Es ist natürlich leicht und liegt, man möchte sagen, auf der Hand, die Schuld am Absterben der Europa-Einigung einzig und allein dem gaullistischen Frankreich und vor allem seinem eigenstrebigen Präsidenten de Gaulle in die Schuhe schieben zu wollen. An dem Siechtum der europäischen Einigung, die einen endgültigen Schlußstrich unter die feindselige Entzweiung der europäischen Völker in erster Linie zum sinnvollen Zwecke hat, tragen auch die Engländer mit ihrem über die Weltmeere gewandten Gesicht und das sture Verhalten etwa der Holländer oder die lange Haltung der Italiener ihren Schuldanteil. Und schließlich ist nicht zu verkennen, wie sehr die rein wirtschaftlichen Interessen einzelner Länder im Gemeinsamen Markte, der doch als wichtiger Vorläufer der politischen Union gedacht ist, immer wieder zu Differenzen auch im Einigungswerk Anlaß geben. Dennoch aber kann nicht bestritten werden, daß die Hauptschuld beim französischen Staatschef liegt, dessen politische Alleingänge im Bestreben, Großbritannien aus Europa herauszuhalten und die Amerikaner daraus völlig zu vertreiben, seit zwei Jahren, d. h. seitdem er den Briten die Türe zur EWG brüsk zugeschlagen hatte, Schlag auf Schlag zur eigentlichen Störungspolitik gegen eine politische Union Europas überhaupt geführt haben.

Die letzten Seitenhiebe seiner immer unverständlicher werdenden Außenpolitik fielen gegen den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, den er einst mit Adenauer feierlich beschworen hatte, und den er heute zugunsten seines Tändelns mit dem kommunistischen Osten völlig links liegen läßt.

Diese Tatsache, die selbst bei jenen Deutschen, die man als die «Gaullisten der Bundesrepublik» bezeichnet hat, nicht bloß große Sorgen, sondern eine sichtliche Abkehr von de Gaulle selbst bewirkt, hat die Regierung Erhard veranlaßt, die Probleme der deutschen Wiedervereinigung, Berlins und der deutschen Ostgrenze, wieder stärker in den Vordergrund zu rücken. Die Angst, de Gaulle werde sich auf dem Rücken der Bundesrepublik mit der Sowjetunion irgendwie arrangieren, geht gegenwärtig wie ein Gespenst durch Bonn und die deutschen Lande. Ein Blick in die deutsche Presse genügt, um diese Furcht eindeutig festzustellen. Da lesen

wir, um nur ein Beispiel zu nennen, in einer der größten Zeitungen Deutschlands, den Satz: «Die Zeiten, in denen der General, seine Entscheidungen, seine Persönlichkeit, in Deutschland ungeteilten Beifall fand, sind vorbei. Viele, die ihm auch in den Reihen der deutschen Parteien noch vor kurzem Beifall zollten, sind verstummt.»

Nichts kann die Enttäuschung über die Wendung des französischen Staatspräsidenten und die Abwertung der deutsch-französischen Beziehungen so deutlich festnageln wie solche Stimmen. Nichts vermag aber Bonn auch mehr anzustacheln, die deutsche Frage von neuem und mit neuen Energien wieder aufs Tapet zu bringen wie das allgemeine Befremden über den abseitigen politischen Kurs de Gaulles.

Nun kommt aber noch hinzu, daß sich auch in amerikanischen Kreisen immer wieder Stimmen melden, die damit zu rechnen scheinen, daß sich die deutschen Forderungen mit der Zeit von selbst entschärfen und damit nach Jahr und Tag die Zeit der Wiedervereinigung unter Mitwirkung der kommunistischen Oststaaten, von denen der Sowjetunion, von selbst heranreife. Diese Erfahrungen, die selbstverständlich ein äußerst bitteres Gefühl erwecken, mußten das Bemühen Bonns, neue Deutschlandinitiativen durch die Westmächte zu veranlassen oder wenigstens zu einer unverrückbaren Deutschlandklärung aus Anlaß der zehnten Wiederkehr der Erlangung der deutschen Souveränität oder der andern Europatage zu kommen, von neuem fördern,

um vor aller Welt klarzustellen, daß die deutsche Frage nach wie vor das Anliegen des Westens bleibe. In der Tat ist und bleibt sie der wunde Punkt Europas.

Daß Moskau übrigens nie gewillt ist, dieses deutsche Problem im Geiste der Gerechtigkeit und der Demokratie zu lösen oder lösen zu helfen, es sei denn im kommunistischen Sinne, hat der jetzige Ministerpräsident Kossygin während seines Besuches in der deutschen Sowjetzone nochmals klipp und klar dargelegt. Dafür kann aber auch Frankreich nicht die Hand bieten, ohne Europa zu verleugnen. Ob de Gaulle bei seinem bevorstehenden Besuch in Bonn sich darüber Rechenschaft geben wird, steht allerdings dahin.

## Die Zeit muss für eine Idee reif sein

Die Geschichte des Roten Kreuzes — Von Dr. Hermann Werder, Grabs

V.

Ich möchte dabei aufzählen:  
Die Überwachung und Förderung der Grundausbildung und Fortbildung des gesamten Pflegepersonals die Ausbildung von freiwilligem Hilfspersonal, die Förderung der häuslichen Krankenpflege; die Errichtung und Unterstützung von Institutionen, die diesem Zweck dienen; die Förderung der Samariter-Tätigkeit und des Rettungswesens in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Samariterbund und anderen Organisationen; die Organisation und Durchführung des Blutspendendienstes für zivile und militärische Bedürfnisse; die Mitwirkung bei den Bestrebungen zum Schutz der Zivilbevölkerung im Hinblick auf den Kriegsfall mit Ausbildung und Bereithaltung von Personal und Material; Hilfeleistungen aller Art bei Katastrophen, Epidemien und andern Notständen im In- und Ausland, sowie Mitwirkung bei der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen in der Schweiz; Unterstützung der Bestrebungen zur Förderung der Volksgesundheit; Mitwirkung bei der Betreuung von Betagten, Chronischkranken und Invaliden und, im Sinne des sogenannten Jugend-Rotkreuzes; Verbreitung des Rotkreuz-Gedankens, insbesondere in den Schulen, um die Jugend früher schon mit der Arbeit des Roten Kreuzes vertraut zu machen und sie zum Helfen anzuleiten.

Die zahlenmäßige Entwicklung des Schweizerischen Roten Kreuzes, gemessen am Mitgliederbestand, hat mit diesen Aufgaben nicht Schritt gehalten und es wird im Ausland oft nicht recht verstanden, wie es möglich ist, dass im Ursprungsland des Roten Kreuzes dieses eine geringere Rolle spielt als in andern Ländern. Ich sehe die Ursache darin, dass wir die ganze Zeit über vom Kriege verschont blieben und dass, wenn wir auch in mannigfacher und imponierender Weise caritativ tätig waren, wir doch nie die Segnungen des Roten Kreuzes an uns selber erfahren konnten. Es kommt dazu, dass manche Aufgabe, die sich andere nationale Rotkreuz-Gesellschaften stellen, ich denke an mancherlei Fürsorgewerke, an die Organisation des Kranken- und Verwundetentransportes im Frieden, an die Errichtung von Spitälern und von Ausbildungsstätten — dass derlei notwendige und nützliche Dinge bei uns eben schon früher bestanden und bestens funktionierten, dass wir eine Gemeinnützige Gesellschaft seit weit über hundert Jahren kennen und dass die Kultur-Autonomie nicht beim Bund, sondern bei den Kantonen, ja bei den Gemeinden liegt. So wurde denn der Sinn für mannigfache Aufgaben des Roten Kreuzes fast immer nur geweckt, wenn entsprechende Aufgaben von aussen an uns herantraten. Und dann kommt noch etwas dazu, wofür Sie als Bewohner und Bürger einer

## Appell an die Solidarität

Stellungnahme des Ressortinhabers «Bauwesen»

Verschiedene Kommentare in den liechtensteinischen Landeszeitungen veranlassen mich zu folgender Stellungnahme:

Das Strassenprojekt Vaduz-Triesen liegt schon mehr Jahre beim Bauamt zur Ausschreibung bereit. Die Baulandumlegung in der Rütli und das Ansuchen der Gemeinde Triesen, ihre Kanalisation zur Kläranlage nach Vaduz zu führen, hat zu dieser Verzögerung geführt, dessen Planung aber nicht im Einflussbereich des Bauamtes lag. Es ist die billigste und einfachste Art, ohne Kenntnis oder Prüfung der Sachlage Schuldige zu suchen, den Leiter der Fürstlich Liechtensteinischen Bauamtes und seine Mitarbeiter für Unfälle mitverantwortlich zu bezeichnen.

Vom Fürstlich Liechtensteinischen Bauamt wurde in den letzten Jahren alles unternommen, damit verschiedene Strassenstücke den heutigen Verkehrsverhältnissen entsprechend ausgebaut werden.

Für einige sehr dringende Strassenstücke liegen die fertigen Projekte schon mehrere Jahre bereit, deren Ausführung durch die Bodenauslösungen verzögert wurden. Bodenauslösungen innerorts wären Angelegenheit der Gemeinden; durch eine vermehrte Mithilfe der Gemeindevertretungen und etwas mehr Verständnis der Bodenbesitzer könnten einige Projekte schon ausgeführt sein und andere schneller verwirklicht werden. Ich kann Ihnen hiermit versichern, dass das Fürstlich Liechtensteinische Bauamt trotz Mangel an Arbeitskräften alles unternimmt, unser Strassennetz dem Verkehr entsprechend rasch auszubauen. Es kann aber durch diese Amtsstelle allein nicht verwirklicht werden.

Gemeindevertreter und Bodenbesitzer, ich appelliere an Eure Solidarität. Helft uns mit, Strassenprojekte zu verwirklichen, damit trag auch Ihr bei, Verkehrsunfälle zu verhüten.

Verkehrsunfälle gab es und wird auch bei gut ausgebauten Strassen wieder geben. Ein jeder, der die öffentliche Strasse benützt, ist gefährdet oder setzt andere in Gefahr. Deshalb ist es auch die Pflicht eines jeden, die Verkehrsvorschriften strengstens zu beachten, damit schützt er sein eigenes und das Leben seines Mitmenschen.

Regierungsrat Oehri

kleinen Monarchie bestimmt Verständnis haben werden, gerade weil es bei uns so anders ist. Die Schweiz als föderative Republik hat keine Spitze mit Symbolwert und unsere höchsten Exekutiven sind personell starkem Wechsel unterworfen. Die Träger der Exekutive, die man vielleicht mit der Stellung eines Monarchen vergleichen möchte sind, in der Regel rein politisch denkende Männer, Edponenten ihrer angestammten Partei und meist auch mit administrativen Aufgaben reich gesegnet. Nur ganz selten, so etwa bei einem jährlich fälligen Aufruf an das Schweizer Volk befasst sich zum Beispiel der Bundespräsident persönlich und jedem erkennbar mit der Sache des Roten Kreuzes. In gleicher Weise aber äusserst er sich auch zum Tag der Kranken, zum ersten August, zum neuen Jahr und der Durchschnittsschweizer, bis ziemlich weit hinauf, fühlt sich durch solche Ansprache nicht allzutief ergriffen oder gar zum Wirken aufgerufen. Sie hier haben das Glück, dass Ihr Fürstentum nicht nur alles Verständnis für das Rote Kreuz hat und seine Bestrebungen fördert, sondern, dass Ihre Fürstin gar das Präsidium Ihrer Rotkreuz-Gesellschaft inne hat und durch ihr Wirken Schulter an Schulter mit einfachen Samariterinnen und Samaritern hoch und niedrig, reich und arm, alt und jung, mitreisst und durch ihr Beispiel zur Mitwirkung verpflichtet. Anders wäre es wohl kaum denkbar, dass sich in einem Land in nicht viel mehr als zwanzig Jahren eine so lebendige Rotkreuzgemeinde entwickelte, die mit Recht der Stolz des ganzen Ländchens ist. Wir Ausstehende können Sie zu dieser Entwicklung nur beglückwünschen! (16101 ssn1003)